



So wird beim Warenkorb getrickt:

Täglicher Einkauf: Plus 5,7 % - Pensionserhöhung 1.6 %

Es ist ein ganz kurzer Absatz in der offiziellen Mitteilung über die Teuerung: Der tägliche Einkauf ist im Jahresabstand um 5,7 Prozent teurer geworden.

Die offizielle Inflationsrate liegt „nur“ bei 2,2 Prozent. Die KPÖ Mürztal Mitte dazu: „So wird beim Warenkorb getrickt. Die rasante Teuerung bei den Grundnahrungsmitteln wie Butter oder Obst und Gemüse wird gegen billigere Technikgeräte aufgewogen und schon hat man ein Argument gegen angemessene

Steigerungen des Einkommens gefunden.

Die Löhne und Gehälter steigen im kommenden Jahr brutto nur um 2,3 bis zu 3 Prozent. Die Pensionen gar nur um 1,6 bis 2,2 Prozent. Das bedeutet ein Stagnieren oder Sinken des Einkommens.

Die KPÖ fordert deshalb einen Sockelbetrag bei den Pensionserhöhungen und einen tatsächlichen Ausgleich der Inflationsrate. Das tägliche Leben darf für Menschen mit niedrigem Einkommen nicht unerschwinglich werden.“



foto: fotolia.at/günther menzel

Vorsicht: Mogelpackungen

Die Konzerne tricksen bei den Preisen.

Viele Waren kosten zwar gleich viel wie früher, nur ist in den Packungen viel weniger drinnen. So manche Kilopackung enthält heute nur noch 760 Gramm. Das sind gewaltige Preiserhöhungen. Möglich gemacht hat das eine Richtlinie der EU, welche die standardisierten Packungsgrößen aufgehoben hat. Jetzt muss man im Supermarkt mühsam auf den Packungen den Kilopreis suchen.



Die KPÖ Mürztal- Mitte wünscht allen Leserinnen und Lesern ein gesundes und friedliches Jahr 2018

MÜRZTAL-MITTE

KINDBERG:**Liebe Kindbergerinnen und Kindberger!**

So wie alle Jahre um diese Zeit das Christkind erscheint, entbrennt im Rathaus auch immer die hitzige Diskussion über das Budget des folgenden Jahres. Ich will sie jetzt nicht mit Zahlen und Statistiken überhäufen sondern sage einfach kurz und klar das Budget des Jahres 2018 ist ausgeglichen, also die Ausgaben der Gemeinde sind in gleicher Höhe veranschlagt wie die Einnahmen. Jedoch muss man auch der Tatsache ins Auge sehen, dass Kindberg zur Zeit einen Rekordschuldenstand aufweist.

Wie kommen diese Schulden zustande? Durch umfassende Sanierungen bei der Neuen Mittelschule Kindberg, sowie des Kindergartens in Aumühl. Weiters wurden Baumaßnahmen im Bereich innere Stadt und Hauptplatz beschlossen, die sich auch in rote Zahlen niederschlagen. Alle diese Projekte waren notwendig und leider fällt auch in Kindberg das Geld nicht vom Himmel. Als Gemeinderat der KPÖ in Kindberg stimmte ich diesem Budget zu, auch deshalb weil ein Sparwille erkennbar war.

Im Großen und Ganzen wurde nichts auf die Bevölkerung abgewälzt. Denn seien wir ehrlich, sobald Politiker vom Sparen reden wird immer beim kleinen Mann bzw. bei der kleinen Frau gespart. Bei dieser Diskussion über das Budget zeigte so manche Partei wieder ihr wahres Gesicht. Als kleines Beispiel sei hier die sogenannte „soziale Heimat Partei“ FPÖ genannt. Sie wollte, ebenso wie die ÖVP, dieses Budget nicht mittragen da für sie kein Sparwille erkennbar war. Als Beispiel wurde angeführt, dass es bei den Bediensteten der Gemeinde keine Einsparung gegeben habe. Da die Bediensteten und Arbeiter sehr gute Arbeit leisten, finde ich solche Aussagen gerade zur Weihnachtszeit sehr traurig. Denn es sind die einfachen Arbeiter und Angestellten, die immer die Leidtragenden von Einsparungen sind. Ich werde auch im nächsten Jahr gegen Einsparungen auf Kosten der einfachen Menschen eintreten!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihrer Familie ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest.

Ihr Gemeinderat *Gernot Omerovic*



KPÖ GR Gernot Omerovic

ST. BARBARA:**Budget 2018**

Das Budget der Gemeinde St. Barbara wurde bei der letzten Gemeinderatssitzung in Mitterdorf heftig diskutiert. Wie erwartet präsentierte die SPÖ ein rosarotes und die FP sahen drin ein schwarzes. Die Wirklichkeit liegt wohl in der Mitte. Es ist weder rosarot noch schwarz. Kein Grund von einem Jubelbudget zu sprechen aber auch das Bemühen diesem Voranschlag jede Qualität abzusprechen ist unserer Meinung nach Populismus.

Gemeinde St. Barbara OH 2018

Kategorie	Einnahmen	Ausgaben
Verwaltung	292.200,00	2.171.300,00
Ordnung Sicherheit (Feuerwehr)	200,00	186.100,00
Schulen, Kindergärten	568.300,00	1.774.300,00
Kultur (Festsaal, Musikschule)	30.300,00	340.600,00
Soziales	88.200,00	2.155.600,00
Gesundheit	500,00	119.900,00
Infrastruktur	12.800,00	219.700,00
Wirtschaft	1.200,00	64.900,00
Dienstleistungen	3.282.000,00	4.955.600,00
Finanzwirtschaft	8.425.100,00	712.800,00
	12.700.800,00	12.700.800,00

SHV - und andere Belastungen

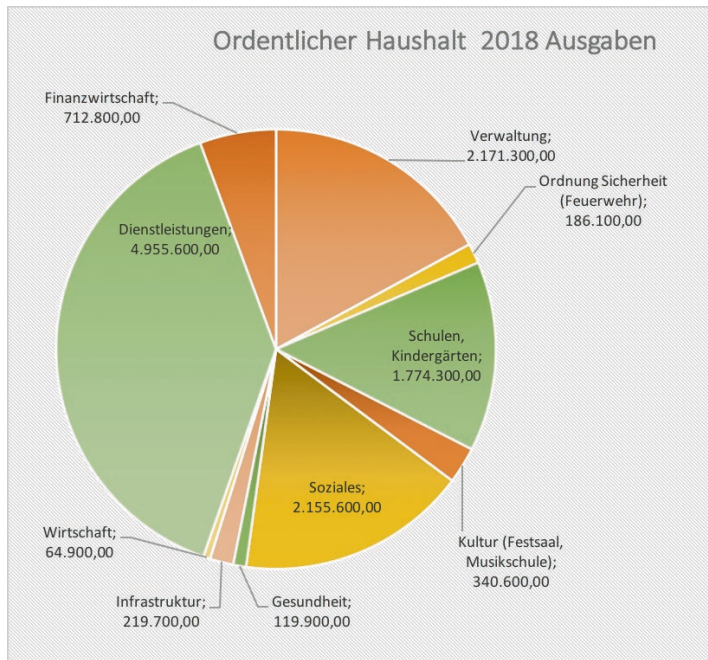
Auch unsere Gemeinde leidet an den gesetzlichen Vorgaben wie Landesumlage und Sozialverbandsumlage, während einnahmenseitig durch den Finanzausgleich kaum eine Entspannung eintritt. Die Gemeinden müssen immer mehr Aufgaben erledigen und bekommen immer weniger Geld dafür. Dass dieses Budget ausgeglichen erstellt werden konnte, verdient Respekt. Es ist nicht mehr so einfach, ausgeglichen zu bilanzieren. Vor allem die steigenden Beiträge an den **Sozialhilfverband** bringen die Gemeindehaushalte ins Wanken.

Bürgermeister Jance in seiner Funktion als SHV-Obmann wäre gut beraten, wenn er sich einmal ernsthaft mit der Geschäftsführung auseinandersetzen würde. Eine wirtschaftliche Neuausrichtung des SHV ist unausweichlich. Dies alles zu ignorieren führt zur Diskreditierung des an sich noch funktionierenden Sozialsystems.

Lohnkosteneinsparungen

In einer Stellungnahme der FP wurde darauf hingewiesen, wie überflüssig die Gemeindefusion in Bezug auf die Personalkosten war. Diese hätten sich nicht ausgewirkt. Der Umkehrschluss lässt nur eines zu: Die FPÖ ist für Personaleinsparung und Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen. Bürgermeister Jance hingegen weist nicht ohne Stolz darauf hin, dass die Personalkosten seit 2015 von 2,852.000 € auf 2,657.900 € im Budget 2018 gesenkt werden konnten. Was lässt der Umkehrschluss hier zu: Die SPÖ weicht ständig vor neoliberalen Angriffen zurück und erhofft sich dann eine Unterstützung durch die arbeitenden Menschen... Ist es denn nicht Aufgabe der Gemeinde, Arbeitsplätze, wenn schon nicht zu schaffen, dann aber wenigstens Bestehende zu erhalten?

AUS DEM GEMEINDERAT



Der AOH – das Geld für Projekte

Der **Außerordentliche Haushalt** weist die Summen aus, die für **Investitionen und Projekte** zur Verfügung stehen. Die vorgesehenen 1,6 Millionen Euro lassen da nicht viel Spielraum offen. Hier ein paar Kilometer Straßensanierung, dort ein bisschen Hochwasserschutz, da ein wenig Mischwasserkanal, aber große Sprünge sind da leider nicht drin und schon gar keine Impulse für die heimische Wirtschaft. Tatsächlich soll endlich einmal was getan werden, dass es bei Hochwasser zu keine überfluteten Häuser mehr kommt. Das Budget von St. Barbara wurde gegen die Stimmen der FPÖ angenommen.

„Gebührenanpassung“ heißt auf deutsch gesagt Gebührenerhöhung

Die Müll- und Wassergebühren sollen neu „angepasst“ werden. Unterschiede in den verschiedenen Orten sollen dabei ausgeglichen werden. Das heißt dann in der neoliberalen Sprache „Harmonisierung“. Dass dabei nicht die Messlatte an den günstigeren Gebühren angelegt wird, scheint klar zu sein. Die Kanalgebühren sollen eventuell 2019 „angepasst“ werden.

Neue Bezirksleitung der KPÖ Bruck-Mürzzuschlag konstituiert

Die Zusammenlegung der früheren Bezirke Bruck und Mürzzuschlag hat sich auch die KPÖ ausgewirkt. Die vier Grundorganisationen, Bruck, Kapfenberg, Mürztal-Mitte und Mürzzuschlag haben am 1. Dezember in Mitterdorf ihre Bezirksleitung gegründet und vorgestellt. Als Vertreter von KPÖ Mürztal Mitte wurde Gernot Omerovic vorgeschlagen. Der Mürzzuschlager Franz Rosenblattl wurde zum organisatorischen Leiter der Bezirksorganisation bestellt. Die früheren Bezirksleitungen Mürzzuschlag und Kapfenberg wurden zu Regionalleitungen umfunktioniert. Der Zuständigkeitsbereich für unsere Lokalorganisation bleibt bei der KPÖ Regionalleitung in Mürzzuschlag. Insgesamt sind in der neuen Bezirksorganisation KPÖ Bruck Mürzzuschlag sieben Gemeinderäte tätig. Bei der nächsten Gemeinderatswahl sollen diese Positionen nicht nur ausgebaut werden, sondern auch Neue dazukommen.

SOZIALBERATUNG DER KPÖ MÜRZTAL MITTE

UNABHÄNGIG – VERTRAULICH – KOSTENLOS ABER NICHT UMSONST

Helfen statt reden!

Fragen zu Mindestsicherung, Wohnungsprobleme, familiäre Fragen, arbeitsrechtliche und andere Probleme.

Der nächste Sprechtag findet am Dienstag den **16. Jänner** ab 16 Uhr in der **Pizzeria San Marino in Mitterdorf** statt. Eine telefonische Voranmeldung unter 0650 2710550 oder per E-Mail: kpoemuerz@gmail.com ist notwendig

Geben statt Nehmen!

Fürchtet euch nicht!
KPÖ

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger, Herstellung und F.d.Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. E-Mail: a.fuchs@kpoe-steiermark.at // DVR: 0600008

Druck: Kurz Mürzzuschlag, **Offenlegung:** Die Mürztaler Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Mürztal Mitte – dient der Information der Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

Ein gutes Neues Jahr wünscht allen Kindern und Eltern

Kinderland Wartberg

Österreich nach der Nationalratswahl

Große Veränderung – aber nicht zum Guten

Viele Menschen wollen Veränderung. Sebastian Kurz und auch die FP haben ihnen Veränderung versprochen und mit diesem Versprechen die Wahl gewonnen. Jetzt wird es große Veränderungen geben – aber nicht zum Guten. Das ist das Hauptergebnis der Nationalratswahl vom 15. Oktober.

Im alten Rom gab es das Sprichwort, dass man politischen Rednern nicht auf den Mund, sondern auf die Hände schauen soll: Es geht nicht darum, was jemand verspricht, sondern darum, was jemand tut. In die Sprache der politischen Werbung des 21. Jahrhunderts übersetzt heißt das, dass jeder Wahlkampf eine „große Erzählung“ braucht. Was nicht dazu gesagt wird: Diese Erzählung knüpft, wenn sie gut ist, zwar an der Lebensrealität der Mehrheit an, hat aber damit in Wirklichkeit nichts zu tun.

Die im Wahlkampf aufgedeckte Strategieplanung des Sebastian Kurz zeigt das deutlich: In diesen Papieren wird die Unzufriedenheit sehr vieler Menschen mit der gesellschaftlichen Entwicklung in Österreich genau analysiert und empfohlen, dass sich der Kandidat als Gegner des Systems inszenieren sollte. Das Schlüsselwort dafür war Veränderung. Dass damit die Wirklichkeit auf den Kopf gestellt wurde, spielte keine Rolle. Entscheidend war: Es hat funktioniert.

Warum? Ohne die Rolle der Bewusstseinsindustrie und die Macht der (im Eigentum großer Konzerne stehenden) Medien zu analysieren, kann man nicht begreifen, warum Millionen von Menschen bei Wahlen nicht anhand ihrer Alltagserfahrungen entscheiden, sondern so abstimmen, wie es die große Erzählung gleichsam vorschreibt.

Von Kreisky zu Kurz

Das Wahlergebnis vom 15. Oktober lässt sich nur mit dem Wahlsieg von Bruno Kreisky im Jahr 1970 vergleichen. Aber es gibt einen riesigen Unterschied: Damals gab der Regierungswechsel den Anstoß für soziale und demokratische Reformen. Ohne die Grundlagen des gesellschaftlichen Systems anzutasten wurde der Spielraum für Verbesserungen genutzt, die der Mehrheit der Bevölkerung zu Gute kamen.

2017 hat der Sieg von ÖVP und FP die politischen Voraussetzungen dafür, den Sozial- und Demokratieabbau – wie er in den Papieren der EU festgeschrieben ist – zu beschleunigen und qualitativ auf eine neue Ebene zu stellen. Es ist mit einem Angriff auf Gewerkschaften

und Arbeiterkammer zu rechnen.

Weggezaubert

Um – zu mindestens am Anfang – eine Zustimmung vieler Menschen für diesen Kurs zu erreichen, ist eine andere „große Erzählung“ besonders wichtig: Alle Probleme, sei es mit dem Wohnen, mit dem Arbeitsplatz und mit der sozialen Versorgung, werden damit verknüpft, dass ausschließlich die „Fremden“ und die Zuwanderer dafür verantwortlich wären. Um von den Hauptkonflikten in der Gesellschaft abzulenken, wurden immer schon Sündenböcke benötigt. Die Verantwortung unseres ungerechten gesellschaftlichen Systems, der

Regelungen der EU und der Politik der Regierung werden damit gleichsam weggezaubert.

Wenn „unsere Leute“ schließlich merken werden, dass der Sozialabbau auch sie selbst trifft, dann wird es zu spät sein. Es ist nämlich so wie Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ) am Wahlabend betont hat: „Egal, wie die Regierung konkret aussehen wird, eines ist sicher: Es wird massive Einschnitte ins Sozialsystem und Angriffe auf die Rechte der arbeitenden Menschen geben. Banken und Konzerne können über das Wahlergebnis jubeln. Vielen Menschen in Österreich stehen harte Zeiten bevor.“

Franz Stephan Parteder
(ehem. Vorsitzender KPÖ Stmk)

